

Au, 22. November 2015

## Kommunalpolitischer Rundbrief Nr. 6

Liebe kommunalpolitisch interessierte Auer Bürger,

jetzt sind seit unserem letzten Rundbrief schon wieder mehr als 4 Monate vergangen und es wird höchste Zeit, dass wir uns mal wieder melden. Nach der Sommerpause war die Arbeit im Gemeinderat (GR) sehr intensiv. Es gab zusätzliche nichtöffentliche Sitzungen und öffentliche Informationstermine, alles rund um das Thema Flüchtlingsunterbringung. Vieles konnte inzwischen der Presse entnommen werden, weshalb wir im Folgenden v.a. auf unsere Positionen und Dinge eingehen werden, die in den Presseartikeln oder in den öffentlichen Protokollen zu den GR-Sitzungen aus unserer Sicht zu kurz gekommen sind.

Hier nochmals der Hinweis, dass die offiziellen Protokolle der Gemeinderatssitzungen im Internet eingestellt sind (siehe: <http://www.auxental.de/sitzungsberichte>). Aktuell hinkt die Gemeindeverwaltung allerdings etwas mit der Aktualisierung hinterher.

### Flüchtlingsunterbringung

Beim Bürgerentscheid am 19. Juli 2015 votierte eine deutliche Mehrheit der Auer Bürger für den vom GR favorisierten Standort zum Bau des Hauses für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen. Darüber waren wir im GR zunächst einmal froh und bedanken uns bei allen Auern, die durch ihre Stimmabgabe ein Interesse an der Kommunalpolitik und den Entscheidungen in unserem Dorf bekundet haben.

In den folgenden Sitzungen ging die (leidenschaftlich geführte) Diskussion darum, ob das Haus durch die Gemeinde oder von einem Investor bebaut werden sollte. Die Gemeindeverwaltung favorisierte dabei die Alternative, das Grundstück einem Investor in Erbpacht zur Bebauung zu überlassen. Hierfür sprechen nach Berechnungen der Verwaltung v.a. Kosten- und Finanzierungsgründe. Außerdem ist das finanzielle Risiko bei dieser Variante für die Gemeinde gering, da damit gerechnet wird, dass die an den Investor zu bezahlende Miete vom LRA erstattet wird. Gegen eine Vergabe spricht, dass der Investor mit dem Gebäude natürlich Geld verdienen will und ein gewisses Risiko hinsichtlich des ordnungsgemäßen Unterhalts und der Bewirtschaftung des Gebäudes besteht. Letztlich hat sich eine deutlich Mehrheit im GR für die Variante mit dem Investor ausgesprochen. Wir von der WBU haben in dieser Frage unterschiedlich abgestimmt, Ursula und Bruni waren für die Variante mit dem Investor, Arno für das Bauen in Eigenregie. Inzwischen wurde zwischen der Gemeinde und dem Investor ein entsprechender Erbpachtvertrag geschlossen, so dass zeitnah mit dem Baubeginn zu rechnen ist.

Ganz aktuell ist die Flüchtlingsunterbringung nun wieder Thema im Auer Rat und in der Presse gewesen. Dieses Mal geht es allerdings um die vorläufige Unterbringung von Menschen durch das LRA in Sammelunterkünften (Containerlösung). Hierfür ist das LRA auf der Suche nach Standorten zunächst an die Gemeinde Merzhausen herangetreten. Merzhausen muss nach dem aktuellen Schlüssel des LRA zusätzlich zur Anschlussunterbringung aktuell 140 weitere Personen „vorläufig unterbringen“. In absehbarer Zeit wird auch Au ein Kontingent von 40 Personen für die vorläufige Unterbringung stellen müssen (jeweils 2,8 % der Einwohnerzahl). Die Gemeindeverwaltung Merzhausen hat dem Merzhausener GR sechs Standorte zur Auswahl gestellt, zwei davon an der Gemarkungsgrenze zu Au. Im Auer Rat haben wir bereits vor der Standortsentscheidung durch den GR Merzhausen diskutiert, ob wir das Angebot der Gemeinde Merzhausen annehmen und auf deren Gemarkung unser Kontingent von 40 Personen unterbringen wollen, wenn als Standort für die Sammelunterkunft ein Platz an der Grenze zu Au gewählt werden würde. Für diese Variante sprach, dass Au dann zunächst keinen eigenen Standort auf unserem Gemarkungsgebiet für eine Sammelunterkunft suchen muss, und das LRA angeboten hat in der größeren Sammelunterkunft einen Sozialarbeiter und Security-Personal zu stellen. Hierfür läge die Mindestpersonenzahl in einer Sammelunterkunft laut LRA bei ca. 100 Personen. D.h. bei einer eigenen Auer Lösung wäre diese „Betreuung“ so nicht gegeben. Gegen die gemeinsame Lösung mit Merzhausen sprach, dass dann an der unmittelbaren Grenze nach Au eine noch größere Sammelunterkunft entsteht mit allen Nachteilen bezüglich Akzeptanz und Möglichkeiten zum Kennenlernen. Letztlich sah eine deutliche Mehrzahl der Auer GR-Mitglieder Vorteile im gemeinsamen Vorgehen mit Merzhausen. Um die Nachteile für die nächsten Anwohner in der Alten Straße in Au möglichst gering zu halten, wurde vom Auer Rat zunächst die Fläche südlich des Hundesportplatzes favorisiert und zwei Flächen angrenzend an den südlichen Ortsrand von Merzhausen. Wir als WBU-Vertreter waren bei dieser Entscheidung geteilter Meinung. Bruni und Ursula sahen mehr Vorteile bei einer gemeinsamen Lösung mit Merzhausen, Arno sprach sich im Vorfeld der öffentlichen Sitzung für die getrennte Lösung aus. Wie der Presse zu entnehmen war, hat der Merzhausener GR nun den vom Auer Rat zunächst nicht favorisierten Standort gegenüber bzw. unterhalb der Tennisplätze (die sogenannte „Sumser-Wiese“) ausgewählt. Ob nun dort die Container für die ca. 200 Personen tatsächlich aufgestellt werden, hängt von den (aufgrund der Notsituation herabgesetzten) baurechtlichen Vorgaben und den Einschätzungen durch das LRA sowie den Verhandlungen mit dem Eigentümer ab. Nach einer aktuellen Pressemitteilung der Gemeinde Merzhausen ist man hier aber offensichtlich schon weit gediehen, schon in den nächsten Wochen soll mit den Arbeiten auf dem Gelände begonnen werden.

Unabhängig von den Sammelunterkünften zur „vorläufigen Unterbringung“ bleibt der Bedarf für die Anschlussunterbringung von Menschen in Au (und in Merzhausen) bestehen, so dass wir das geplante Haus am Standort Ecke Dorfstraße/Weiherhofweg nach wie vor brauchen werden und bauen. Die Gemeinde Merzhausen baut für die Unterbringung der Menschen in der Anschlussunterbringung nach wie vor auf dezentrale Lösungen in angemieteten Wohnungen, aber auch auf das gemeindeeigene Bauprojekt in den Sauerplatten 6a. Falls diese Möglichkeiten für die Gemeinde Merzhausen nicht mehr ausreichen, steht dafür ebenfalls das Gelände der „Sumser-Wiese“ zur Diskussion. Damit einher geht natürlich die Befürchtung, dass mehr als 200 Personen auf der „Sumser Wiese“ untergebracht werden, weshalb von Seiten des Auer Gemeinderates in einem solchen Fall erwogen wird, dem Landkreis zur Unterbringung von 40 Menschen in der vorläufigen Unterbringung eine andere Fläche auf Auer Gemarkung zur Verfügung zu stellen.

Wir als WBU-GRen waren und sind über die gebotene Dringlichkeit bezüglich der Entscheidung für den Standort der Sammelunterkunft alles andere als glücklich. Uns allen ist jedoch klar, dass bei den aktuellen Flüchtlingszahlen schnell gehandelt werden muss, so dass vor dem Wintereinbruch Unterkünfte in möglichst ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Um unsere Bürgerschaft bei eventuell zukünftig anstehenden, weiteren Standortentscheidungen (siehe oben) besser mitnehmen zu können, haben wir in der letzten öffentlichen GR-Sitzung in Au angeregt, dass wir uns zeitnah (also voraussichtlich im Jan/Feb 2016) darüber unterhalten, welche Standorte in Au für eine möglicherweise noch notwendig werdende Sammelunterkunft geeignet wären. Dieses wurde vom Bürgermeister zugesagt.

Abschließend wollen wir zum Thema noch sagen, dass wir sehr hoffen, dass es in den Unterkünften friedlich bleibt und wir es trotz der großen Zahl von Menschen auf einem Platz schaffen, *weg* von einer anonymen Masse, *hin zu* Menschen, Gesichtern und Geschichten zu kommen. Wer dabei mitwirken möchte, sei jetzt schon eingeladen, sich im Helferkreis der Gemeinde einzuklinken. Aktuell kümmert sich dieser Kreis um die (noch wenigen, d.h. derzeit 6) Personen, die in der Anschlussunterbringung in Au (d.h. im alten Sitzungszimmer im Rathaus und bei Privatpersonen) untergebracht sind. Sobald die Sammelunterkunft zwischen Merzhausen und Au jedoch Wirklichkeit wird und sobald das Haus zur Unterbringung der Flüchtlinge in unserer Gemeinde steht, werden sicherlich viel mehr unterstützende Hände gebraucht. Wer sich also jetzt schon „einfühlen“ und „orientieren“ möchte, wende sich bitte an die Koordinationsfrau im Rathaus, Frau Juliane Lorenz (Mailadresse: [lorenz@au-hexental.de](mailto:lorenz@au-hexental.de)).

## **Geschwindigkeitsmesstafel/Lärmaktionsplan (LAP)**

In der öffentlichen GR-Sitzung am 7. Oktober wurde über die, von der WBU schon bei der Haushaltsplanung für 2015 (also im letzten Jahr) angeregte Anschaffung von zwei weiteren Geschwindigkeitsmesstafeln (eine gibt es bereits) beraten. Der Verwaltung lagen Angebote in Höhe von ca. 2.000 bis ca. 3.000 € je Tafel (je nach Ausstattung und Stromversorgung) vor. Letztlich ließ Bgm Kindel über den Beschlussvorschlag zur Anschaffung von zwei Tafeln abstimmen. Dieser Vorschlag wurde bei Stimmengleichheit (5 zu 5 Stimmen) abgelehnt, der Antrag auf Anschaffung von einer Tafel dann aber mit großer Mehrheit angenommen. Wir als WBU haben uns alle für die Anschaffung von zwei Tafeln ausgesprochen, da wir der Meinung sind, dass sowohl am südlichen als auch am nördlichen Ortseingang, aber auch in diversen Nebenstraßen, solche Messtafeln gute Dienste leisten können. Mehrere Kollegen im Rat und Bgm Kindel wollen jedoch zunächst den Antrag der Gemeinde Merzhausen an das LRA auf Reduktion der Geschwindigkeit zwischen Merzhausen und Au auf 50 km/h abwarten und erst dann ggf. eine weitere Tafel beschaffen.

Nachdem bei der Bürgerbeteiligungsveranstaltung zum LAP am 13. Juli doch ein paar Auer Bürger anwesend waren und ihren Unmut zur aktuellen Lärmsituation an der Dorfstraße aufgrund des enormen Durchgangsverkehrs geäußert haben (vielen Dank an die Aktiven!), fand die Offenlage des Maßnahmenkatalogs statt. Dieser Maßnahmenkatalog, sowie das Prozedere zur Aufstellung des LAP wurden in schriftlichen Stellungnahmen von Bürgern kommentiert. Diese Kommentare wurden nun vom Büro Misera aufgearbeitet und der fertige LAP, der im Vergleich zu den in vorigen Rundbriefen bereits genannten Maßnahmen aber keine weiteren Neuerungen enthielt, vom GR verabschiedet.

## **Neukalkulation der Gebühren für Wasser und Abwasser**

In der letzten GR-Sitzung wurde die Neukalkulation der Wasser- und Abwassergebühr für die Jahre 2016 bis 2018 thematisiert. Der Preis für Trinkwasser wird demnach von 3,30 €/cbm auf 3,13 €/cbm sinken, auch die Grundgebühren für den Wasserzähler werden günstiger. Die Schmutzwassergebühr bleibt fast gleich (alt: 1,12 €/cbm, neu: 1,11 €/cbm), deutlich teurer wird hingegen die Niederschlagswassergebühr, die anhand der versiegelten Flächen ermittelt wird (alt 0,18/m<sup>2</sup>, neu 0,39 €/m<sup>2</sup>). Diese Erhöhung resultiert daraus, dass zwei landwirtschaftliche Betriebe in der Erstberechnung als angeschlossen geschätzt wurden, was aber nicht der Fall war. Damit verringert sich die versiegelte Fläche insgesamt deutlich, was nun zu dieser Erhöhung des Quadratmeterpreises führt. In der Wasserrechnung eines EFH dürfte die Position der Niederschlagswassergebühr, im Vergleich zum Brauch- und Schmutzwasser

aber relativ gering sein, so dass Ihr/Sie in Zukunft insgesamt vermutlich eher eine niedrigere Wasserrechnung bekommen werdet/n.

## **Änderung der Satzung der VG Hexental**

Etwas überraschend für uns wurde dieses Thema ebenfalls in der letzten GR-Sitzung behandelt. Zunächst ging es nur um Formalien, welche die Gemeindeprüfungsanstalt in der alten Satzung der VG bemängelt hatte. Außerdem wurde die Aufgabe des Gemeindevollzugsdienstes (dieser wird zukünftig auch in Au an die falsch parkenden Fahrzeuge Knöllchen verteilen!) mit in die Satzung der VG eingearbeitet. Von Seiten der WBU haben wir allerdings deutlich angemahnt, dass nach der Klausurtagung im Juli 2014 es aus unserer Sicht nun auch an der Zeit gewesen wäre, einige weitere Dinge in der Satzung der VG zu regeln. Zum einen betrifft dies das Stimmrecht der Gemeinde Sölden bei Fragen zum Hochwasserschutz. Sölden entwässert nach Süden und ist deshalb an der Kostenaufschlüsselung zum Hochwasserschutz nicht beteiligt, aus unserer Sicht sollte damit einhergehen, dass sich die Gemeinde auch bei Fragen zum Hochwasserschutz enthält. Dies hat sie in der Vergangenheit zwar getan, formal geregelt ist dies jedoch nicht. Ein weiteres Thema das aus unserer Sicht in der VG-Satzung zu regeln wäre, ist die Frage nach der Berechtigung zur Einsicht in Akten der VG durch Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden. Hier hat die VG-Verwaltung aktuell die Regel aufgestellt, dass dies nur geschehen könne, wenn mindestens zwei Gemeinden in der VG-Versammlung ein solches Ansinnen befürworten. Da die VG-Versammlung nur ca. 1/2 jährlich stattfindet, haben wir Gemeinderäte also keine Chance bei aktuellen Themen Akteneinsicht zu nehmen. Nach der Gemeindeordnung gilt für Gemeinden, dass – wenn ein Viertel aller Gemeinderäte dies verlangt – Akteneinsicht in die Unterlagen der Gemeinde zu gewähren ist. Dieses Prozedere wurde von der VG-Verwaltung auf die VG übertragen, was aus unserer Sicht jedoch nicht zielführend ist. Leider haben sich die anderen Listen im Auer Rat bislang nicht an der Diskussion beteiligt. Wir werden trotzdem versuchen hier weiter dran zu bleiben und die Demokratie innerhalb der VG zu stärken.

## **Sonstiges**

Neben den o.g. Großthemen haben uns in den letzten Sitzungen mehrere kleine Themen beschäftigt. Unter anderem haben wir

- das Ergebnis der Bewirtschaftung des Gemeindewaldes von 2014 (Überschuss von 6000 €) und den Plan von 2016 (Überschuss ca. 9.000 € ) zur Kenntnis genommen.
- eine Ehrungsrichtlinie nach der verdiente Bürger der Gemeinde mit verschiedenen Auszeichnungen gewürdigt werden können verabschiedet
- den Haushaltsabschluss 2014 zur Kenntnis genommen.

Außerdem wurde der gekaufte Schlepper samt Zubehör in der letzten Woche an die Bauhofmitarbeiter übergeben. Dies kam gerade zum richtigen Zeitpunkt, den beim alten Unimog stünde aufgrund eines Getriebebeschadens eine Reparatur an.

Wir hoffen, dass wir mit diesem Rundbrief einen kleinen Einblick in die Ratsarbeit geben konnten und unsere Positionen etwas klarer wurden. Für Rückfragen stehen wir natürlich jederzeit gerne zur Verfügung. Wir danken für Ihr/Euer Interesse an kommunalpolitischen Themen und Veranstaltungen und wünschen schon mal einen schönen und besinnlichen Advent.

Für die WBU

Eure Gemeinderäte Bruni Hummel, Ursula Gottschall und Arno Mattes

*Dieser Rundbrief richtet sich an alle kommunalpolitisch interessierten MitbürgerInnen in Au. Er darf gerne weitergeleitet werden. Wer noch Interesse an unserem Rundbriefen hat, darf sich unter der Mailadresse: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de) gerne bei uns melden, dann nehmen wir Sie in den Verteiler auf. Die bisherigen Rundbriefe sind auf unserer Homepage ([www.wbu-au.de](http://www.wbu-au.de)) unter der Rubrik „Aktuelles“ eingestellt.*

**P.S. Save the date: Der nächste kommunalpolitischer Stammtisch der WBU ist geplant für Freitagabend am 12. Februar 2016 - nähere Infos folgen.**